



## **Feedback der Steuerungsgruppe zur Jugendkonsultation „Wirkung>>>LOS! – Vom Prozess zur Politik“**

### **Hintergrund**

Mit dieser Rückmeldung reagiert die Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik auf die Ergebnisse der letzten Jugendbeteiligungsrunde des Prozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Unter dem Titel „Wirkung>>>LOS! – Vom Prozess zur Politik“ konnten interessierte Jugendliche zwischen Februar und Juni 2014 im Rahmen des Projekts „Ichmache>Politik“ des Deutschen Bundesjugendrings ihre Vorstellungen von guter Jugendpolitik einbringen.

Die Steuerungsgruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik vereint Vertreterinnen und Vertreter sechs zentraler jugendpolitischer Akteure: des Bundesjugendministeriums, der Obersten Landesjugendbehörden, der Kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Jugendinstituts, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und des Deutschen Bundesjugendrings.

Für die Beteiligungsrunde „Wirkung>>>LOS!“ legte der DBJR folgende Quellen aus dem Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik zugrunde:

- die [„Grundsätze und Ziele“](#), die im Sinne einer strategischen Rahmung von Eigenständiger Jugendpolitik in einem umfangreichen Diskussionsprozess entwickelt und von der oben genannten Steuerungsgruppe abgestimmt worden waren;
- die bisherigen [Jugendbeteiligungsrunden](#) des Projekts „Ichmache>Politik“ und die dazu gehörigen Feedbacks der Steuerungsgruppe;
- [Forderungen des DBJR](#) zur Eigenständigen Jugendpolitik;
- das Konzept der [„Demokratiescouts und -peers“](#), das eine Expertengruppe unter dem Dach des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik zur Förderung demokratischer Partizipation auf kommunaler Ebene entwickelt hat.

Bei dieser Beteiligungsrunde ging es darum, was – grundsätzlich und konkret – aus Sicht von Jugendlichen bei einer neuen Jugendpolitik nicht fehlen darf und wie die Wirkung einer neuen Jugendpolitik sichtbar werden sollte. Darüber hinaus wurde das von Expertinnen und Experten entwickelte Konzept der sogenannten Demokratiescouts und -peers bewertet.

## Feedback der Steuerungsgruppe

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Beiträge erstellt haben. Die Online-Konsultationen von „Ichmache>Politik“ beschäftigen uns intensiv und machen einen wichtigen Bestandteil des Prozesses der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik aus. Die Sammlung verschiedener Stimmen ergibt zwar keine in sich geschlossene Position, jedoch erhellende und bedeutsame Schlaglichter aus jugendlicher Perspektive. In den Beiträgen und Kommentaren zeigt sich immer wieder, dass die Teilnehmenden sich ernsthaft und erfahrungsbasiert mit den angesprochenen Fragen auseinandersetzen.

Im Folgenden kommentieren wir vor allem diejenigen Beiträge, an die wir unserer Meinung nach bei der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik anschließen können. Unsere Reaktion kann dabei nicht jeden Aspekt berücksichtigen oder auf alle Beiträge einzeln eingehen. Außerdem versuchen wir, auch diejenigen Positionen und Vorschläge in unsere Antwort einzubeziehen, deren Umsetzung aus unserer Sicht nicht möglich ist oder nicht sinnvoll wäre.

Durch die unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmenden kann es natürlich dazu kommen, dass sich einzelne Beiträge widersprechen. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass auch die Akteure des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik in vielen Fragen unterschiedliche Haltungen vertreten und im Rahmen dieses Feedbacks nicht auf Einzelaktivitäten oder -zuständigkeiten eingegangen werden kann. Dieses Feedback kann und soll jedoch den Diskussionsstand zu den zentral angesprochenen Punkten der Jugendkonsultation nachvollziehbar abbilden. An dieser Stelle möchten wir auch auf unsere [Feedbacks zu den bisherigen Beteiligungsrunden](#) verweisen.

### 1. Was darf bei einer neuen Jugendpolitik nicht fehlen – dem Grunde nach?

*Im ersten Teil der Beteiligungsrunde ging es um grundsätzliche Ansprüche, Forderungen und Erwartungen der Jugendlichen an Politik. Demnach halten sie es für besonders wichtig, dass ihre Unterschiedlichkeit auf allen politischen Ebenen wahrgenommen und berücksichtigt wird. Diese Vielfalt müsse sich in differenzierter Politik widerspiegeln. Zudem ist es ein zentrales Anliegen der Jugendlichen, die Beteiligung junger Menschen gesetzlich zu verankern und tatsächlich da stattfinden zu lassen, wo es junge Menschen betrifft – im öffentlichen und privaten Umfeld. Zu klären sei immer die Frage „Woran soll wie und warum beteiligt werden?“. Dass diese Beteiligung auch ernst genommen wird, zeigt sich für die Jugendlichen, wenn politische Ergebnisse sichtbar und nachvollziehbar sind. Sie merkten auch an, dass alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens die Interessen von Jugendlichen berührten und dass die Perspektive junger Menschen überall berücksichtigt werden müsste. Dabei beziehen sie ausdrücklich auch die europäische Ebene ein. Jugendpolitik sollte auch eintreten für eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt oder benachteiligt und jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, so die Jugendlichen. Die langfristige und gesetzlich abgesicherte Finanzierung von*

dauerhaften Interessenvertretungsstrukturen von Jugendlichen sei dafür eine Voraussetzung. Ebenfalls sei wichtig, dass Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld anerkannt wird, in dem alle jugendpolitisch relevanten Themen diskutiert werden. Nicht zuletzt müsse Politik eine verständlichere Sprache finden.

Die Steuerungsgruppe stimmt in sehr vielen Punkten mit den Jugendlichen überein. So wird schon in den [„Grundsätzen und Zielen einer Eigenständigen Jugendpolitik“](#) klargestellt, dass Eigenständige Jugendpolitik **„heterogene Lebenswelten und Lebensentwürfe“** respektieren und fördern“ soll. Dies heißt konkret, dass Jugendpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie um die verschiedenen Interessen und Bedarfe junger Menschen weiß und Politik entsprechend gestaltet. Wir verweisen auch auf die Ausführungen ab S. 23 in der Publikation [„Eigenständige Jugendpolitik – Dialogprozess, Leitlinien, Herausforderungen“](#) im Abschnitt „Mit Vielfalt viele erreichen“, die die entsprechenden Diskussionen im Dialogprozess abbildet.

**Echte Jugendbeteiligung** verlangt etwas anderes als Schaufensterveranstaltungen und Scheinbeteiligungsverfahren. Der Frage nach der Wirkung und der Verankerung von Jugendbeteiligung hat das Zentrum Eigenständige Jugendpolitik sehr viel Raum im Diskussionsprozess gegeben. Die Fachforen [„Teilhabe junger Menschen vor Ort“](#), [„Lokale Allianzen für Jugend’ – Mitdenken, Mitlenken!“](#) und [„BETEILIGUNG MACHT DEMOKRATIE – Partizipation junger Menschen im politischen und öffentlichen Raum“](#) waren verschiedenen Aspekten von Mitbestimmung gewidmet. Auch die Empfehlungen einer Expertengruppe ([„Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen“](#)) sowie die Expertisen von Ivo Züchner, Thomas Coelen und Anna Lena Wagener ([„Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Ganztagschulen“](#)) sowie von Liane Pluto, Eric van Santen und Mike Seckinger ([„Lebenslagen Jugendlicher als Ausgangspunkt kommunaler Politikgestaltung“](#)) leisten wertvolle Beiträge zu den Debatten über Jugendpartizipation.

Die Forderungen der Jugendlichen nach spürbarer Wirkung und **themenübergreifendem Mitspracherecht** teilt die Steuerungsgruppe ausdrücklich. Es ist uns wichtig, dass Jugendbeteiligung grundsätzlich durch diejenigen Akteure, die Entscheidungen in unserer Gesellschaft treffen, unterstützt wird. Auch deshalb muss das Bewusstsein für die Bedeutung und die Voraussetzungen ernsthafter Jugendbeteiligung in Politik und Gesellschaft gestärkt werden – und zwar **auf allen föderalen Ebenen**. An dieser Stelle sei zudem an die europäische Ebene erinnert, wo mit dem Strukturierten Dialog ein Partizipationsinstrument erprobt wird, das weiter auszubauen und zu entwickeln ist.

Im Dialogprozess hat sich gezeigt, dass sich Politik oftmals schwer damit tut, Inhalte aus den Fachsprachen von Verwaltung und Gremien heraus in eine allgemein **verständliche Sprache** zu übersetzen. Dies kann nicht nur bei Jugendlichen für Frust sorgen; auch andere gesellschaftliche Gruppen fühlen sich von politischen Diskussionen schnell ausgeschlossen. Wer Mitsprache ermöglichen will, sollte sich darum bemühen, möglichst viele Verständnisprobleme durch eine angemessene Sprache abzubauen. Erst dann ist eine Kommunikation auf Augenhöhe möglich, die wiederum Grundlage für wirksame Beteiligungsprozesse ist. Die bestehenden

Interessenvertretungsstrukturen von und für Jugendliche können hier eine wichtige Brückenfunktion einnehmen.

Die kontinuierliche **Förderung der jugendpolitischen Interessenvertretung** ist bereits im § 12 SGB VIII als kommunale Aufgabe verankert. Das ist gut so, denn nur eine gesicherte Förderung erlaubt es, Partizipation auf verschiedenen Wegen zu erproben, zu verbessern und zu verstetigen. Darüber hinaus müssen jedoch auch diejenigen Jugendlichen erreicht werden, die sich nicht selbst in Zusammenschlüssen organisieren – ihre Anliegen und Interessen müssen ebenfalls Eingang in eine neue Jugendpolitik erhalten. Denn auch hier ist sich die Steuerungsgruppe mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konsultationsrunde einig: Jugendpolitik muss **alle jungen Menschen** in den Blick nehmen, unabhängig von Herkunft, Elternhaus und anderen Unterscheidungsmerkmalen.

## 2. Was darf bei einer neuen Jugendpolitik nicht fehlen – ganz konkret?

*Die konkreten Themen und Anliegen einer neuen Jugendpolitik, die von den Jugendlichen bei „Ich mache Politik“ benannt wurden, entstammen sowohl dem „klassischen“ Kernbereich von Jugendpolitik als auch verschiedenen anderen Politikbereichen, beispielsweise Bildung, Mobilität, Wohnen, Arbeit, Umwelt, Finanzen, Europa, Asyl und Außenpolitik. Insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene sehen die Jugendlichen noch Handlungsbedarf: vor allem Infrastrukturpolitik und Regionalentwicklung seien bedeutsame Felder für eine neue Jugendpolitik. Häufig angemahnt wurde, dass Angebote erreichbar sein müssen. Engagement zu ermöglichen ist ein wichtiges Anliegen vieler Jugendlicher. Sie wünschen sich mehr Anerkennung und Förderung, auch für Jugendverbände und Vereine. Konkret bemängelt wurden die Möglichkeiten von jungen Flüchtlingen, sich zu engagieren, da ihr Aufenthaltsstatus ihre politischen Rechte stark einschränke. Ein weiteres Anliegen betrifft die Medienwelt. Jugendliche finden ihre Perspektiven dort nicht ausreichend repräsentiert und kritisieren zudem, dass ihnen starre Rollenbilder gezeigt und vorgelebt würden. Hier wünschen sie sich mehr Vielfalt. Unter dem Schlagwort „Jugendcheck“ formulierten die Jugendlichen Forderungen nach einer Jugendpolitik, die Fachlichkeit, Handlungsfähigkeit und Entwicklungspotenziale vereint. Um politische Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf die Jugend tatsächlich überprüfen zu können, sollten verschiedene Prüfinstrumente entwickelt und ausprobiert werden, so die Jugendlichen.*

Wir bedanken uns für die vielen konkreten Vorschläge und Anregungen der Jugendlichen. Zur Bedeutung von Freiräumen und unverplanter Zeit hat sich die Steuerungsgruppe bereits an verschiedenen Stellen geäußert, u. a. im Feedback zu den Beteiligungsrunden [„Ernsthaft Freundlich?! – Jugendpolitik und Partizipation konkret“](#) sowie [„Jugendbeteiligung – Selbstverständlich?!“](#) Auch zu vielen anderen Vorschlägen haben sich die Mitglieder der Steuerungsgruppe bereits positioniert.

Herausgreifen möchten wir die Forderung, politisches Handeln auf Gerechtigkeit gegenüber der jungen und der künftigen Generationen zu überprüfen. Hierzu hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag die Einführung eines **„Jugend-Checks“**

festgeschrieben, der nun entwickelt werden soll. Dabei spielen einige Akteure des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik eine zentrale Rolle.

Die Steuerungsgruppe begrüßt ausdrücklich die Forderung, Eigenständige Jugendpolitik **lokal und regional** zu verankern. Hier sind die Akteure vor Ort gefordert, für die jeweilige Situation passende Strukturen zu etablieren. Im bisherigen Dialogprozess finden sich viele Anregungen, wie eine kommunale Jugendpolitik erfolgreich gestaltet werden kann. Insbesondere die Fachforen [„Teilhabe junger Menschen vor Ort“](#) und [„Lokale Allianzen für Jugend“](#) sowie der Abschnitt „Jugendbeteiligung an kommunaler Demokratie und Öffentlichkeit“ in unserer Publikation [„Eigenständige Jugendpolitik – Dialogprozess, Leitlinien, Herausforderungen“](#) (ab S. 28) bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte. Basierend auf den bisherigen Ergebnissen unseres Dialogprozesses zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik soll diese nun in der Fläche umgesetzt werden. Auch daran werden die Akteure des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik engagiert mitwirken.

**Anerkennung und Förderung von Engagement** wurden an vielen Stellen im Diskussionsprozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik angesprochen. Die Steuerungsgruppe stimmt den Jugendlichen darin zu, dass Engagement wertgeschätzt werden muss – z. B. durch die stärkere Anerkennung non-formal erworbener Kompetenzen (siehe hierzu insbesondere die Ergebnisse aus den Fachforen [„Anerkennung außerschulischer Bildung“](#) sowie die Expertise [„Non-formale und informelle Lernprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Nachweise“](#) von Stephanie Baumbast, Frederike Hofmann-van de Poll und Christian Lüders).

Die Selbstorganisationen Jugendlicher vermitteln solche Kompetenzen und sind dazu aufgerufen, sich noch stärker als bislang für die **Vielfalt der Jugend** zu öffnen und auf die Jugendlichen zuzugehen, die sich bislang nicht in der Verbandslandschaft vertreten sehen. Zudem muss eine Eigenständige Jugendpolitik, die alle Jugendliche einbeziehen will, auch für nicht verbandlich organisierte Jugendliche Angebote machen. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die allen Jugendlichen Perspektiven eröffnet. Eine Eigenständige Jugendpolitik mit dem Anspruch, alle Jugendlichen einzubinden, muss selbstverständlich auch die besondere Situation jugendlicher Flüchtlinge in die politischen Diskussionen einbringen und diese Flüchtlinge auch an den Diskussionen beteiligen.

Die Kritik der Konsultationsteilnehmerinnen und -teilnehmer an einer mangelhaft vertretenen Perspektive Jugendlicher in **Medien** teilt die Steuerungsgruppe und verweist auf das Feedback zur Konsultationsrunde [„Ernsthaft freundlich?! – Jugendpolitik und Partizipation konkret“](#). Dort wird unter anderem festgehalten, dass auch von Seiten der Medien durchaus Interesse besteht, mehr über Lebenswelten und relevante Themen von Jugendlichen zu erfahren, um in Zukunft besser über Jugendliche und ihre Lebenswelten berichten zu können. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um einen eigenen Jugendkanal im öffentlich-rechtlichen Rundfunk interessant und beachtenswert.

### 3. Demokratiescouts und -Peers – Können sie mehr Partizipation in die Kommune bringen?

*In den Empfehlungen [„Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen“](#) der Expertinnen- und Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik wurde das Konzept der Demokratiescouts und -Peers (DSP) als ein denkbarer Lösungsansatz für wirksamere Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene vorgeschlagen. Dabei ist angedacht, dass erwachsene hauptamtliche Fachkräfte als „Scouts“ die Aufgabe übernehmen, die Unterstützungsstrukturen für jugendliche Mitbestimmung an politischen Entscheidungen zu bereiten. Jugendliche selbst sollen als „Peers“ in diese Prozesse eingebunden sein und sicherstellen, dass Informationen für alle verständlich sind und in ihren verschiedenen Kreisen (Subkulturen) ankommen. So sollen auch Gruppen erreicht werden, die von bisherigen Beteiligungsformaten unberührt blieben und bestimmte Menschen sollen in einer Kommune quasi als Botschafterinnen und Botschafter für Mitbestimmung in allen Bereichen unterwegs sein.*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Beteiligungsrunde nehmen eine überwiegend kritische Haltung zu diesem Konzept ein. Von den Jugendlichen wird insbesondere die Frage gestellt, ob es wirklich nötig sei, **neue Strukturen** zu schaffen. Damit verbinden sie die Sorge, dass bereits bestehende Strukturen für die Organisation und Einbindung junger Menschen möglicherweise missachtet werden könnten.

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe vertreten keine einheitliche Position zum DSP-Modell. Darüber, dass bereits bestehende Zusammenschlüsse von Jugendlichen einen besseren Zugang zur kommunalen Öffentlichkeit brauchen, besteht hingegen in der Steuerungsgruppe kein Zweifel. Auch Beteiligungsstrukturen, die sich bewährt haben (wie zum Teil in Jugendhilfeausschüssen) sollten erhalten, ausgebaut und ggf. durch die Nutzung von Online-Medien modernisiert werden. Die Idee der DSP soll keine Konkurrenz zu diesen Strukturen schaffen. Sie entspricht – im Gegenteil – dem Gedanken der Jugendbeteiligungsrunde [„Jugendbeteiligung – Selbstverständlich?!“](#), in der die Jugendlichen den dringlichen Wunsch äußerten, „keine ‚Komm-Strukturen‘ zu etablieren, sondern **gezielt auf junge Menschen zugehen**“ zu können. Die DSP sollten den entscheidenden Stellen der kommunalen Politik dabei aktiv und beratend zur Seite stehen. Durch die Peers könnten, wie damals von den teilnehmenden Jugendlichen verlangt, „Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen berücksichtigt“ werden und in das politische System übertragen werden.

Im DSP-Konzept ist der **Austausch aller Akteure** wichtig und zentral. Dabei sollen Jugendverbände, die nach Aussage von Teilnehmerinnen und Teilnehmern bereits jetzt die Aufgaben der Scouts übernehmen und in ihren Strukturen Beteiligung leben, keinesfalls ausgeschlossen werden. Ein wichtiger Aspekt der DSP ist jedoch auch, dass die jugendlichen Peers direkt aus der Mitte ihrer jeweiligen Kreise berichten können und kommunalpolitische Beteiligungsprojekte in sie hineinragen. Dies kann in Verbänden passieren, sollte aber nicht ausschließlich auf

Jugendverbandsarbeit beschränkt werden, damit Jugendliche, die bisher in Beteiligungsprojekten „außen vor“ bleiben (und keinem organisierten Verband angehören), ebenfalls eine Chance auf Mitsprache haben. Die themenspezifischen Einbindungen und Kompetenzen der Jugendverbände sollen damit selbstverständlich nicht aufgehoben oder ersetzt werden. Für ernsthafte Beteiligung aller Jugendlichen darf die Zugehörigkeit zu einem Verband jedoch keine verpflichtende Voraussetzung sein.

Die Jugendlichen äußerten Bedenken dahingehend, ob es tatsächlich gelingen kann, gute Scouts auszuwählen, zu qualifizieren und auch zu kontrollieren. Diese Sorgen kann die Steuerungsgruppe nachvollziehen. Wie genau tatsächlich Unabhängigkeit, geeignete Arbeitsweisen und die Qualifikation der Scouts sicherzustellen sind, muss diskutiert und erprobt werden. Ob eine **Qualitätssicherung** jedoch allein dadurch gewährleistet wäre, dass auf Hauptamtliche der Jugendverbände zurückgegriffen wird, ist auch umstritten. Fortbildungen in partizipativer Methodik, wie von den Jugendlichen gewünscht, wären vor diesem Hintergrund sehr wünschenswert.

Die Steuerungsgruppe stimmt dem Gedanken zu, dass die Interessen der jungen Menschen das Gehör der Erwachsenen finden sollten, ohne dabei von einzelnen erwachsenen „Schlüsselpersonen“ abhängig zu sein. Hierbei sei erneut darauf verwiesen, dass das DSP-Modell in seiner Konzeption keinesfalls als alleinstehendes Universalwerkzeug verstanden werden soll, sondern sich in die **Beteiligungslandschaft** einer Kommune einfügen soll. Ein Scout sollte den Peers unbedingt als Partner zur Seite stehen, bei der Vermittlung zwischen verschiedenen Stellen helfen und im politischen System Orientierungshilfe bieten. Ein Hierarchiegefälle, wie von den Teilnehmenden befürchtet, wäre in so einem Modell mehr als kontraproduktiv und untergrübe die Idee des Demokratiescouts. Von daher wäre es wünschenswert, dass Verfahren zur Qualitätssicherung entwickelt werden und dass unabhängige Beschwerdemechanismen zum Tragen kommen, wenn die erwachsenen Scouts ihren Aufgaben nicht gerecht würden oder sie gar missbrauchen wollten.